



Zusammenfassung der Umfrageergebnisse, Details hier: <https://zueri-waehlt.ch/umfrage>

Beschreibung der Stichprobe

Der Befragungszeitraum war vom 16. Dezember 2021 bis 10. Januar 2022. Die bestehenden Gemeinderät*innen wurden direkt und die neu Kandidierenden über die Parteisekretariate per E-Mail angeschrieben (inkl. 2-fachem Reminder). An der Umfrage nahmen insgesamt 175 Kandidat*innen teil [10 Kandidat*innen der AL (6%), 4 der EVP (2%), 51 der FDP (29%), 32 der GLP (18%), 27 von den Grünen (15%), 45 der SP (26%) und 6 der SVP (3%)]. 68% der Teilnehmenden sind männlich, 32% weiblich. 19% gaben ein Alter bis 30, 31% von 30 bis 40, 27% von 41 bis 50 und 25% älter als 50 an. 65% der Teilnehmenden kandidieren neu, 35% sitzen bereits im Gemeinderat. Erstellt wurden die Fragen in Zusammenarbeit von Gastro-Zürich City und der Bar & Club Kommission Zürich, mit der Unterstützung des Vereins «Pro Nachtleben Zürich» und den Mitgliedern der «Gemeinderätlichen Gruppe Food, Bar, Club und Musik-Kultur».

Limitationen

- Es handelt sich um keine repräsentative Umfrage, sondern um eine selbstselektive Stichprobe. Es ist davon auszugehen, dass die Umfrage vor allem von Kandidatinnen mit einem gewissen Berührungspunkt zur Gastronomie und der Kultur der Nacht ausgefüllt worden ist.
- Aufgrund der kleinen Stichprobengrösse sind die Angaben zu den Parteien EVP, SVP und AL mit Vorsicht zu geniessen.

Aktuelle Herausforderungen

Als grösste Herausforderungen wurde von den Parteien die Themen Gentrifizierung/Miete (grösste Zustimmung AL, kleinste EVP), Baubewilligungsverfahren (grösste Zustimmung FDP, kleinste Grüne), Alltagsbürokratie (grösste Zustimmung FDP, kleinste Grüne) und das Thema Nachtlocation-Sterben bezeichnet (grösste Zustimmung FDP, kleinste Grüne). Interessant ist, dass sowohl das Thema Jugendliche (mit Ausnahme der SVP), als auch die Thematik 24-Stunden-Shops von den meisten Parteien (mit Ausnahme der SVP, Grüne und AL) nur als mittlere Herausforderung bezeichnet worden sind. Die grössten Unterschiede zeigten sich beim Thema alternative kulturelle Freiräume in der Stadt. Dies wurde von den Grünen und der AL als sehr grosse Herausforderung bezeichnet, erhielt aber von der FDP, EVP, SVP nur eine mittlere Zustimmung. Gross waren die Unterschiede auch beim Thema drohende Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes, welches von der AL und den Grünen als sehr grosse, von der FDP aber nur als eher kleine Herausforderung bezeichnet worden ist.

Wie stehen Sie zu den folgenden Themen?

Geschlossen am meisten Unterstützung erhielt das Thema vereinfachte Nutzung von Innenräumen für die Gastronomie (am meisten Zustimmung gab es von der FDP und der GLP) und das One-Stop-Shop-Philosophie-Thema (am meisten Zustimmung gab es von der FDP und der GLP). Die vereinfachte Nutzung von Innenräumen auch für kulturelle Zwecke in der Nacht (am höchsten von der FDP, am niedrigsten war der SVP) und die bewilligten Jugendpartys (am höchsten von den Grünen, am



wenigsten von der EVP) erhielten auch eine hohe Zustimmung, wenn auch mit grösseren Differenzen zwischen den Parteien. Hohe Zustimmung, mit Abstrichen bei den einzelnen Parteien, gab es für die grosszügige Nutzung des Boulevards (am meisten von der FDP, am wenigsten von den Grünen), den Schallschutz mit technischen Massnahmen (am meisten von FDP, am wenigsten von der SVP und den Grünen) und den vereinfachten Verkauf über die Gasse (am meisten von FDP, am wenigsten von den Grünen). Hoch war auch die Zustimmung für den Ausbau des Nachtnetzes am Donnerstag (am meisten von der SP und GLP, am wenigsten von der EVP), der Schutz bestehender Nachtkulturorte (am meisten von der SP, am wenigsten von der EVP) und für die Rechtssicherheit für publikumsintensive kulturelle Nutzung, auch wenn es Nachbarn gibt die sich über den Lärm stören (am meisten von GLP, am wenigsten von der SVP). Kleiner fiel die Unterstützung für «erlaubt ist was nicht stört», «keine Kontrolle ohne Kläger» (am meisten von der FDP, am wenigsten von den Grünen, EVP und SVP) und die Forderung «2.5% der kulturellen Budgets, für Alternativ- und Nachtkultur» (am meisten von den Grünen, am wenigsten von der SVP) aus. Mit Abstand am niedrigsten fiel die Unterstützung für die Beschallung im Freien aus (am meisten von der GLP, am wenigsten von der AL).

Abstimmungsverhalten bei wichtigen politischen Geschäften im Gemeinderat

Das Postulat, «Einführung von mediterranen Wochen in Zürich als Pilotversuch», erhielt von allen Parteien eine hohe Zustimmung. Prozentual am meisten Ablehnung erfuhr es bei der AL, Grünen, EVP und SVP. Eine hohe Zustimmung erhielt auch das Postulat «Erhöhung der Anzahl bewilligter Sitzplätze auf temporär ausgeweiteten Boulevardflächen für gastronomische Angebote auf öffentlichem Grund». Ablehnung dazu gibt es vor allem von Seiten der Grünen. Hohe Zustimmung gibt es auch für das Geschäft „Pilotprojekte zur lärmdämmenden Gestaltung des öffentlichen Raums in Bezug auf das Nachtleben“. Am meisten Ablehnung kam von der FDP. Am wenigsten Zustimmung erhielt die „Dringlichkeitserklärung der Nichtverwendung von gerichtlich kassierten Einträgen im Polizei-Informationssystem (POLIS) für verwaltungsrechtliche Massnahmen durch die Fachgruppe Lärmschutz der Stadtpolizei« sowie die «Gewährung des rechtlichen Gehörs bei Lärmeinträgen im POLIS-Journal». Am meisten Ablehnung gab es von der SVP, die höchste Zustimmung von der SP.